



Input Medienkonferenz - Matthias Samuel Jauslin

Biodiversität hat nichts mit links oder rechts zu tun, mit städtisch oder ländlich, mit reich oder arm. Es geht schlicht und einfach um unsere Lebensgrundlage.

Wir müssen gemeinsam die Trendwende schaffen. Wegschauen und so tun, als existiere das Problem nicht, ist teurer als jetzt zu handeln und gefährdet schlussendlich unsere Existenz.

Im Nationalrat habe ich mich in den Debatten zur Biodiversitätsinitiative als Kommissionsprecher für einen Gegenvorschlag stark gemacht. Nach langer Beratung und vielen Kompromissen lehnte aber eine knappe Mehrheit des Ständerats einen Gegenvorschlag ab.

Da es keinen Gegenvorschlag gibt, kommt für mich jetzt nur noch ein «Ja» zur Biodiversitätsinitiative in Frage. Zum gleichen Schluss kommen etwa auch die Mitte Frauen Schweiz.

Zwei aktuelle Entscheide haben mich in meinem Ja zusätzlich bestärkt:

- Der Bundesrat hat für die nächsten drei Jahre 276 Mio. Franken aus dem Verpflichtungskredit «Natur und Landschaft» gestrichen.
- Und das Parlament hat eben erst die lange versprochenen 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen im Ackerbaugebiet noch vor der Einführung abgeschafft.

Wir unternehmen viel zu wenig für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Es braucht die Biodiversitätsinitiative, um das zu ändern.

Qualität geht vor Quantität. Es ist billige Stimmungsmache zu drohen, dass grosse Teile der Schweiz bei Annahme der Biodiversitätsinitiative unter Schutz stünden. Zudem gibt es heute schon in den allermeisten Gebieten, die unter Schutz stehen, verschiedenste Formen der Nutzung – und das soll auch so bleiben.

Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Das sagen der Bundesrat, die Kantone, der Städte- und der Gemeindeverband und das sagte zweimal auch die Mehrheit im Nationalrat. Die Biodiversitätskrise ist Realität.

Wirtschaft und Wissenschaft sehen wichtige Leistungen der biologischen Vielfalt in Gefahr:

- Der Rückversicherer Swiss Re schreibt in seinem Biodiversitäts-Index: «Die Schweiz müsste mehr in die Natur investieren (z.B. Verbesserung von Lebensräumen in bereits geschützten Gebieten (...))» und warnt vor zunehmender Gefahr von Erdbeben aufgrund des schmelzenden Permafrosts in den Alpen oder der zunehmende Grundwasserverschmutzung in den landwirtschaftlichen Gebieten.
- Das World Economic Forum WEF stuft die Risiken für die globale Wirtschaft und unseren Wohlstand als sehr hoch ein, die mit dem Verlust von Biodiversität verbunden sind.
- Auch das Beratungsunternehmens PwC zählt Biodiversitätsverluste zu den grössten Risiken für die Weltwirtschaft.

Mit Blick auf Spardiskussionen auf Bundesebene verweisen die Kantone darauf, dass Kürzungen der Bundesmittel nicht nur auf die Biodiversität negative Effekte haben können, sondern auch auf die regionale Wirtschaft als Empfängerin dieser Mittel.



Wenn wir weiter auf die erforderlichen Schutz- und Fördermassnahmen verzichten, werden zwangsläufig neue politische Interventionen nötig. Die jährlichen Kosten des Nicht-Handelns nehmen stetig zu: Im Jahr 2050 betragen sie in der Schweiz gemäss Schätzungen des Bundesrats bereits 14 bis 16 Milliarden Franken jährlich. Das sind 2 bis 2,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Die heute ungenügenden Massnahmen zugunsten der Biodiversität kommen uns also viel teurer zu stehen als die Umsetzung der Biodiversitätsinitiative mit den darin vorgesehenen Instrumenten.

Was es dringend braucht, ist

- Erstens: Das Erkennen der Wichtigkeit der Biodiversität auf Verfassungsstufe
- Zweitens Vernetzung der Flächen und die dafür notwendigen Mittel
- Drittens die sorgfältige Weiterführung der bewährten Interessenabwägung. Ökologisch wertvolle Lebensräume sollen bewahrt und geschont werden.

Das gelingt mit Massnahmen, die für das Erhalten der Lebensräume und der gefährdeten Arten nötig sind, die aber zugleich eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung ermöglichen und sanften Tourismus. So lassen sich Schützen und Nutzen kombinieren.

Nach Annahme der Biodiversitätsinitiative ist es an Bundesrat und Parlament, die Biodiversitätsinitiative umzusetzen. Mit dem Gegenvorschlag ist schon viel wertvolle Vorarbeit geleistet worden.

Mit einem Ja am 22. September ermöglichen wir pragmatische und dringend nötige Massnahmen, um die Biodiversität zu schützen – ohne dass wir damit unsere Energieversorgung schwächen oder gar gefährden. Unsere Ernährungssicherheit dürfte sogar zunehmen, wenn wir zu unserer Biodiversität und unseren Böden Sorge tragen, statt den letzten Tropfen aus der Zitrone zu pressen.